

# Sparkasse will trotz Schließungen vor Ort bleiben

Auch Bargeld-Bringdienste und mobiles Zahlen mit dem Handy sind geplant

Von Gerhard Bläske

OFFENBURG – Die wachsenden internationalen Spannungen im Zusammenhang mit dem eskalierenden Handelskonflikt mit den USA und die Situation in Italien besorgen auch die Sparkassen hier im Land. Die beiden Themen bestimmten jedenfalls den baden-württembergischen Sparkassentag in Offenburg, dessen Thema „die Zukunft Europas“ war.

Vor 1200 Teilnehmern aus dem gesamten Sparkassenlager im Land zeigte sich Peter Schneider, Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg, alarmiert. Der Handelskonflikt mit den USA bedrohe nun die Autoindustrie, „die Herzkammer der Wirtschaft in unserem Land“.

Zwar ist Schneider auch wegen Italien, das Reformen und Einsparungen zurückdrehe, und Schulden nicht zurückzahlen wolle, beunruhigt. Er zeigte sich aber froh darüber, „dass die Sparkassen keine italienischen Anleihen in problematischem Umfang in ihren Bilanzen haben. Das haben wir nicht gemacht, weil wir lieber das Geschäft mit unseren privaten und mittelständischen Kunden im Land betreiben.“

Die Sparkassen finanzieren jedes dritte Eigenheim im Land. Rund 40 Prozent der Unternehmen finanzieren ihre Investitionen über diese Institute, weitere 20 Prozent über die Landesbank LBBW. Bei den Handwerkern ist der Anteil mit 70 Prozent sogar noch höher. Das Kreditvolumen der Institute im Land beträgt 600 Milliarden Euro.

Helmut Schleweis, seit Januar Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), wies darauf hin, dass die Institute auch Start-ups finanzieren, Steuern in erheblichem Umfang zahlen und viele Jobs schaffen. Er bekannte sich



Die Sparkasse will mit der Zeit gehen. Dazu gehören unter anderem Überweisungen von Handy zu Handy. Auch an der Ladenkasse sollen Kunden künftig mit dem Mobiltelefon zahlen können. FOTO: DPA

zur Präsenz der Sparkassen in der Fläche. Zwar sei man im Zusammenhang mit der zunehmenden Digitalisierung und Regulierung gezwungen, Filialen zu schließen. Doch werde man nicht übersteuern und im Alltag der Menschen präsent bleiben – nicht nur durch Geschäftsstellen sondern etwa auch Leistungen wie

Bargeld-Bringdienste. Doch auch die Sparkassen wollten und müssten mit der Zeit gehen, sagte Schleweis. Bereits im nächsten Monat würden Überweisungen in Echtzeit (instant payment) realisiert. Mit Kwitt böten die Sparkassen schon seit einiger Zeit die Möglichkeit an, per App von Handy zu Handy zu zahlen. Und

auch das mobile Bezahlen mit dem Smartphone an der Ladenkasse werde in den nächsten Wochen kommen – zumindest für Android-Geräte. Bei Apple scheitert die Einrichtung einer solchen Zahlungsart daran, dass das Unternehmen seine Schnittstellen nicht öffnen will. Die Sparkassen seien bei der Einrichtung neuer

Dienstleistungen „vorn dabei“, so Schleweis, der das Jahr der Innovationen ausrief. Man dürfe aber die Sparkassen nicht durch immer mehr Vorgaben behindern. Gute Regeln setzten Rahmen und berücksichtigten die unterschiedlichen Größen und Risiken von Instituten, findet Schleweis. Er verwies auf eine kleine Sparkasse mit nur 50 Mitarbeitern, von denen acht mit Regulierungsthemen beschäftigt seien. Man brauche dringend abgespeckte Regeln für kleine Banken im Rahmen einer Small and Single Banking Box.

## Fragwürdiger Verbraucherschutz

Die Sparkassen sind laut Schleweis, der seit Januar an der Spitze der deutschen Sparkassen steht und vorher Vorstand der Sparkasse Heidelberg sowie Landes- und Bundesobmann war, mit ihrem dezentralen Geschäft eine Chance für ein starkes Europa mit einer Vielfalt unterschiedlicher Akteure statt einem Einheitsmodell. Doch litten die Institute unter der wachsenden Regulierung und einem oft „falsch verstandenen Verbraucherschutz, der Kunden Stück für Stück vom mündigen Entscheider zum schutzbedürftigen Informationsempfänger“ mache.

Der von der EU angestrebte gemeinsame Schutz von Sparguthaben wäre nach Ansicht von Schleweis der falsche Schritt. „Natürlich brauchen wir in der EU ein einheitliches Schutzniveau für Kundeneinlagen. Das erfordert aber keine Überweisung der angesparten Sicherungsmittel nach Brüssel“, sagte Schleweis. Die Pläne sind Teil der sogenannten EU-Bankenunion. In Deutschland heftig umstritten ist dabei das Sicherungssystem für Sparguthaben. Deutsche Banken und Sparkassen befürchten, am Ende könnten sie für in Schieflage geratene Institute in anderen EU-Ländern haften.